

LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2016

Einzelplan 01

**für den Geschäftsbereich des
Hessischen Landtags**

I N H A L T

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	2
01 01	Landtag	6
01 03	Datenschutzbeauftragter	54
	Abschluss des Einzelplans	74
	Stellenpläne, Stellenübersichten	77

V o r w o r t z u m E i n z e l p l a n

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 01 weist die Einnahmen und Ausgaben des Landesparlaments und seiner Verwaltung aus.

Nach dem Landtagswahlgesetz in der Fassung vom 28. Dezember 2005 (GVBl. I 2006 S. 110, 439), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786, 801), besteht der Hessische Landtag in der 19. Wahlperiode aus 110 Abgeordneten. Die Abgeordneten wurden am 22. September 2013 gewählt. Die Wahlperiode begann am 18. Januar 2014 und endet - falls nicht der Landtag seine vorzeitige Auflösung beschließen sollte - am 17. Januar 2019.

Rechtsstellung und Aufgaben des Landtags sind im Wesentlichen in den Abschnitten IV bis VI des Zweiten Hauptteils der Landesverfassung festgelegt. Seine Organisation und Arbeitsweise im Einzelnen regelt der Landtag nach Art. 99 HV durch seine Geschäftsordnung vom 16. Dezember 1993 (GVBl. I S. 628), geändert und neu in Kraft gesetzt am 18. Januar 2014 (GVBl. I S. 49). Außer dem Präsidium, dem Ältestenrat und dem Hauptausschuss (Ständiger Ausschuss nach Art. 93 HV) bestehen zur Vorberatung der Vorlagen, über die der Landtag zu beschließen hat, 10 Fachausschüsse mit mehreren Unterausschüssen.

Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Landtag ergeben sich aus dem Hessischen Fraktionsgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 106), zuletzt geändert am 19. November 2008 (GVBl. I S. 978).

Die Verwaltung des Landtags obliegt nach der Verfassung und der Geschäftsordnung dem Landtagspräsidenten, der hierbei mit dem Präsidium zusammenwirkt; für den Bereich des Landtags vertritt der Landtagspräsident das Land Hessen.

Der Präsident bedient sich zur Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten der Kanzlei des Landtags als oberste Landesbehörde.

Dem Hessischen Landtag formal zugeordnet ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, eine eigene unabhängige oberste Landesbehörde, deren Einnahmen und Ausgaben in einem eigenen Kapitel im Einzelplan 01 ausgewiesen sind (Kap. 01 03).

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in EUR)

Einzelplan 01		2016	2015
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—
1	Eigene Einnahmen	1 902 700	1 874 400
2	Übertragungseinnahmen	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	245 900	245 900
Gesamteinnahmen		2 148 600	2 120 300
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	38 523 100	37 079 300
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	8 334 200	7 661 700
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—
6	Übertragungsausgaben	9 492 100	9 357 100
7	Bauausgaben	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	159 000	408 800
9	Besondere Finanzierungsausgaben	2 799 400	2 706 100
Gesamtausgaben		59 307 800	57 213 000
Zuschuss / Überschuss		-57 159 200	-55 092 700

C. Personalsoll des Einzelplan 01

	Stellen			
	2016	davon Leerstellen	2015	davon Leerstellen
Beamte und Richter	123,5	7,0	124,5	6,5
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—,—	—,—	—,—	—,—
Tarifbeschäftigte	113,0	2,0	113,5	1,0
davon Auszubildende	3,0		3,0	
Zusammen	236,5	9,0	238,0	7,5

Zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung hat die Landesregierung ein Programm zum Abbau von rd. 1.800 Stellen beschlossen. Auf den Einzelplan 01 entfallen in der 19. Legislaturperiode insgesamt 5 Stellen.

D. Zielsysteme des Hessischen Landtags und des Hessischen Datenschutzbeauftragten**Oberziel des Hessischen Landtags**

Hessen ist eine parlamentarische und demokratische Republik. In der parlamentarischen Demokratie ist das Parlament das oberste Organ der politischen Willensbildung. Einzig das Parlament verfügt über die demokratische Legitimität durch vom Volk gewählte Vertreter. Wichtigste Aufgaben des Parlaments sind neben Gesetzgebung sowie Regierungskontrolle die Artikulations- und Öffentlichkeitsfunktion. Das parlamentarische Budgetrecht ist das Herzstück jeder parlamentarischen Kontrolle. Im Rahmen der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) muss das Parlament darauf bedacht sein, durch differenzierte Steuerungsinstrumente das parlamentarische Budgetrecht wahrzunehmen. Die Parlamentsverwaltung dient der Unterstützung des Parlaments, seiner Organe und seiner Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der verfassungsrechtlich normierten Parlamentsfunktion. Das Oberziel der Parlamentsverwaltung lautet:

"Die politische Steuerungsfunktion des Parlaments sicherstellen."

Alle Produkte des Einzelplans 01 - Kapitel 01 01 - dienen der Umsetzung von Zielen, die zu dem Oberziel zusammengefasst sind.

Ziele	Plankosten 2016 1.000 EUR	Plankosten 2015 1.000 EUR	Istkosten 2014 1.000 EUR
Ziel 1: Die Organisation des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten - Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament (Produkt-Nr. 1)	12.214,7	11.219,3	11.593,0
Ziel 2: Die Wahrnehmung des Initiativ- und Kontrollrechts des Parlaments sicherstellen - Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen (Produkt-Nr. 2)	3.200,8	3.215,9	2.563,7
Ziel 3: Das verfassungsmäßige Petitionsrecht sicherstellen - Begleitung von Petitionen (Produkt-Nr. 3)	937,9	936,1	827,1
Ziel 4: Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren - Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit (Produkt-Nr. 4) - Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung (Produkt-Nr. 5)	1.322,2 1.752,8	886,8 2.221,9	884,5 2009,0

Oberziel des Hessischen Datenschutzbeauftragten

Hessen hat die Institution des Hessischen Datenschutzbeauftragten geschaffen und ihm mit dem Hessischen Datenschutzgesetz Aufgaben zugewiesen, die er in völliger Unabhängigkeit ausübt. Er ist dem Parlament und der Regierung über das Ergebnis seiner Tätigkeit berichtspflichtig. Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat alle Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie die der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, datenschutzrechtlich zu prüfen und zu beraten, Bürgeranfragen zu behandeln, die technische Entwicklung zu beobachten, Informationen bereitzustellen sowie gesetzgeberische und administrative Vorhaben beratend zu begleiten. Er ist auch Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich nach § 38 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und hat die Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 Telemediengesetz (TMG) zu verfolgen.

Mit seiner Aufgabenerfüllung verfolgt er das Oberziel:

"Zur Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, zur Erreichung einer in datenschutzrechtlicher Hinsicht auf Dauer sicheren, grundrechtskonformen und bürger- bzw. kundenfreundlichen Verwaltung und Unternehmenskultur beitragen."

Ziele	Plankosten 2016 1.000 EUR	Plankosten 2015 1.000 EUR	Istkosten 2014 1.000 EUR
Ziel 1: Den Schutz des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften und durch der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, sowie durch nicht öffentliche Stellen mit Sitz in Hessen, sicherstellen. - Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen einschließlich Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 TMG (Produkt-Nr. 6)	4.117,6	4.036,9	3.342,1
Ziel 2: Die Beachtung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung bei normativen Regelungsvorhaben und Entscheidungen sicherstellen. - Stellungnahme zu Normsetzungen / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament (Produkt-Nr. 7)	482,6	566,2	348,8

E. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

- keine -

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010 Landtag

Wirtschaftsplan

Landtag

A. Vorbemerkungen

Der Wirtschaftsplan weist die Produkte, Leistungen und Projekte der Kanzlei des Landtags sowie die Aufwendungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene, für Fraktionen des Landtags und für Landesverbände der Parteien oder andere Träger von Wahlvorschlägen zu Landtagswahlen einschließlich der zugehörigen Erfolgs- und Finanzplanung aus:

Der Hessische Landtag besteht in der 19. Legislaturperiode aus 110 vom Volk gewählten Abgeordneten.

Der Landtag wählt den Präsidenten, seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes (Art. 84 Hessische Verfassung - HV).

Der Präsident verwaltet die gesamten wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landtags nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes (Art. 86 HV).

Das Präsidium ist der Vorstand des Landtags im Sinne der Art. 84 und 86 HV. Es beschließt über die inneren Angelegenheiten des Landtags, soweit deren Regelung nicht der Präsidentin oder dem Präsidenten nach Art. 86 HV oder dem Ältestenrat vorbehalten ist (§ 46 Abs. 1 Geschäftsordnung des Hessischen Landtags - GOHLT). Das Präsidium stellt insbesondere den Voranschlag des Haushaltsplans für den Landtag fest und kann Vorschriften über die Benutzung der Einrichtungen des Landtags erlassen (§ 46 Abs. 2 GOHLT).

Der Direktor beim Landtag ist der ständige Vertreter des Präsidenten in Angelegenheiten der Kanzlei. Er leitet verantwortlich die Kanzlei.

Die Kanzlei des Landtags gliedert sich in ein Präsidialbüro und drei Abteilungen. Aufgabe der Kanzlei des Landtags ist die Unterstützung des Präsidenten bei der Durchführung seiner Verwaltungsaufgaben, die Vorbereitung der Sitzungen des Landtags und der Ausschüsse, die Entgegennahme von Gesetzentwürfen, Anträgen, sonstigen Vorlagen, Eingaben und anderen an den Landtag gerichteten Schriftstücken und deren vorbereitende Bearbeitung (§ 107 Abs. 1 GOHLT).

Die Kanzlei erbringt Leistungen im Rahmen von Protokollanlässen, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen sowie zur Förderung politischer Bildung.

Die Kanzlei ermittelt und erbringt die Zahlungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene. Die Leistungen bestimmen sich nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG) in der jeweils in Kraft befindlichen Fassung.

Die Kanzlei ermittelt und erbringt die Leistungen an die Fraktionen, zu denen sich die Mitglieder des Landtags zusammengeschlossen haben. Die Leistungen an die Fraktionen bestimmen sich nach dem Gesetz über die Rechtstellung und Finanzierung der Fraktionen im Hessischen Landtag (Hessisches Fraktionsgesetz) in der jeweils in Kraft befindlichen Fassung. Die Höhe der Mittel nach § 3 Hessisches Fraktionsgesetz sowie die Leistungen nach § 2 Abs. 2 Hessisches Fraktionsgesetz für das Haushaltsjahr 2016 werden mit diesem Haushaltsplan vorgegeben (siehe "Erläuterungen Erfolgsplan", Abschnitt "Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Fraktionen").

Die Kanzlei erbringt die Zahlungen an die Landesverbände der Parteien und sonstige Träger von Wahlvorschlägen nach Maßgabe des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes.

Für die Kanzlei des Landtags wurden fünf Produkte

- Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament
- Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen
- Begleitung von Petitionen
- Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit
- Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung gebildet und
- Externe Leistungen
- Zwischenbehördliche Leistungen

definiert, die in den Erläuterungen zum Leistungsplan beschrieben werden.

Projekte werden nach Bedarf beschlossen.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010 Landtag

Wirtschaftsplan

Die Aufwendungen nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG), nach dem Gesetz über die Rechtstellung und Finanzierung der Fraktionen im Hessischen Landtag (Hessisches Fraktionsgesetz), nach dem Gesetz über die Wahlen zum Landtag des Landes Hessen (Landtagswahlgesetz - LWG) und dem Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz - PartG) werden im Abschnitt "Kosten der Legislative" nachgewiesen.

Zum Buchungskreis 2010 gehört der Hessische Datenschutzbeauftragte, der einen eigenen Wirtschaftsplan aufstellt.

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich grundsätzlich nach den Regeln der §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften. Die in § 2 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 37 LHO für Produkte geltenden Regelungen sind für die Kosten der Legislative analog anzuwenden.

Leistungsplan

Die Ansätze der Produkte sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ansätze der Produkte sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Projekte.

Die Ansätze der Produkte sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der zwischenbehördlichen Leistungen.

Die Ansätze der Projekte sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ansätze der zwischenbehördlichen Leistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ansätze der Legislative sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, dürfen zur Verstärkung der Produkte 4 und 5 verwendet werden.

Die Arbeit der Kanzlei des Landtags wird weitestgehend durch die Anforderungen der Abgeordneten (Kontrolle der Landesregierung durch Initiativen, Ausrichtung von Protokollanlässen und Veranstaltungen u.ä.), sowie der Bürger (Petitionsrecht) bestimmt. Die Abgeordneten sind in ihren Entscheidungen völlig unabhängig (Art. 38 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 77 HV). Somit muss die Kanzlei flexibel und möglichst zeitnah die ihr gestellten und von ihr nicht steuerbaren Aufgaben erfüllen. In den Erläuterungen der Produktblätter finden sich deshalb keine Kennzahlen. Interne Steuerungsinstrumente sind demgegenüber vorhanden.

Erfolgsplan

50 v.H. des managementbedingt entstandenen Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage (Verwaltungsrücklage) eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt. Ausnahmen sind zulässig; sie bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, werden bei der Ermittlung des Jahresüberschusses wie Einnahmen aus laufenden Geschäften behandelt.

Das Jahresergebnis Legislative ist Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen nicht zugänglich, weil die umfassten Aufwendungen gesetzliche Ansprüche abdecken, deren Erfüllung oder Inanspruchnahme nicht steuerbar ist. Aufgrund dessen ist die Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen durch eine Gewinnabführung oder eine Verlustübernahme an den Landeshaushalt auszugleichen.

Finanzplan

Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig. Die in den Erläuterungen genannten Einzelinvestitionen sind nicht verbindlich.

Für nicht realisierte Investitionen kann die Forderung aus Transferleistung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C. Haushaltsvermerke zum kameralen Rumpfhaushalt

Siehe kameralen Haushalt.

Zum 31.12.2014 bestehen eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 378.908,14 EUR und eine Investitionsrücklage in Höhe von 1.807.019,20 EUR.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Bezeichnung	Soll 2016				
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
Produkte							
1		Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament	14.362	12.214,7	1.837,2	10.377,5	-
2		Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen	29.809	3.200,8	14,3	3.186,5	-
3		Begleitung von Petitionen	7.479	937,9	6,0	931,9	-
4		Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit	12.290	1.322,2	4,9	1.317,3	-
5		Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung	9.921	1.752,8	20,2	1.732,6	-
Summe Produkte				19.428,4	1.882,6	17.545,8	-
Projekte							
4		Enquetekommission "Bildung"	1	157,5	0,1	157,4	-
5		Untersuchungsausschuss 19/1	1	35,0	-	35,0	-
6		Untersuchungsausschuss 19/2	1	1.014,7	0,5	1.014,2	-
7	neu	Enquetekommission "Verfassungskonvent"	1	413,8	-	413,8	-
Summe Projekte				1.621,0	0,6	1.620,4	-
Externe Leistungen							
1		Herstellung, Druck und Kopie für Externe	1.200	4,3	4,3	-	-
Summe Externe Leistungen				4,3	4,3	-	-
Zwischenbehördliche Leistungen							
1		Ausbildung von Rechtsreferendaren	70	9,6	-	9,6	-
2		Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise	-	-	-	-	-
3		Veranstaltungen, Pressekonferenzen, LPK	20	171,4	4,9	166,5	-
4		Durchführung von Veranstaltungen für andere Buchungskreise	920	52,9	0,2	52,7	-
Summe Zwischenbehördliche Leistungen				233,9	5,1	228,8	-
Gesamtsumme				21.287,6	1.892,6	19.395,0	-

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2015					Ist 2014				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
13.666	11.219,3	1.801,9	9.417,4	-	15.805	11.593,0	1.552,2	9.623,3	-417,5
29.390	3.215,9	15,5	3.200,4	-	28.816	2.563,7	16,7	2.964,6	417,6
7.982	936,1	6,0	930,1	-	7.763	827,1	10,1	871,4	54,4
7.781	886,8	4,4	882,4	-	8.820	884,5	6,2	792,3	-86,0
13.240	2.221,9	14,1	2.207,8	-	11.584	2.009,0	58,3	2.033,4	82,7
	18.480,0	1.841,9	16.638,1	-		17.877,3	1.643,5	16.285,0	51,2
1	170,5	0,3	170,2	-	1	83,5	0,2	159,0	75,7
1	137,7	0,1	137,6	-	1	136,3	0,6	120,0	-15,7
1	752,8	0,1	752,7	-	1	225,5	0,7	300,0	75,2
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	1.061,0	0,5	1.060,5	-		445,3	1,5	579,0	135,2
4.500	18,2	18,2	-	-	797	2,5	6,9	-	4,4
	18,2	18,2	-	-		2,5	6,9	-	4,4
60	8,0	0,1	7,9	-	49	4,9	-	4,6	-0,3
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	152,3	4,9	147,4	-	3	5,9	-	-	-5,9
1.565	73,2	0,2	73,0	-	850	40,9	0,1	72,1	31,3
	233,5	5,2	228,3	-		51,7	0,1	76,7	25,1
	19.792,7	1.865,8	17.926,9	-		18.376,8	1.652,0	16.940,7	215,9

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Kosten der Legislative	Soll 2016				
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Aufwands- abgeltung	Ergebnis
1		Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	-	39.173,5	-	39.173,5	-
2		Zahlungen an Fraktionen und Parteien	-	9.248,2	-	9.248,2	-
3		Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	-	10.893,1	-	10.893,1	-
4		Übergangsleistungen für ehemalige Abgeordnete	-	74,0	-	74,0	-
		Summe		59.388,8	-	59.388,8	-

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2015					Ist 2014				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Aufwands- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Aufwands- abgeltung	Ergebnis
-	29.431,4	40,0	29.391,4	-	-	20.873,3	665,9	20.207,4	-
-	9.237,4	-	9.237,4	-	-	9.092,9	0,2	8.761,8	-330,9
-	5.067,0	1.660,0	3.407,0	-	-	3.155,5	3.433,6	52,8	330,9
-	74,0	-	74,0	-	-	407,7	15,1	392,6	-
	43.809,8	1.700,0	42.109,8	-		33.529,4	4.114,8	29.414,6	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1:

Bezeichnung: Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Abgeordnetengesetz, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Parteiengesetz, Fraktionsgesetz, Vertrag von Lissabon, Vereinbarung zwischen dem Hessischen Landtag und der Hessischen Landesregierung betreffend Unterrichtung in EU-Angelegenheiten, usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Mit diesem Produkt werden die Rahmenbedingungen für Abgeordnete für die Arbeit im Parlament geschaffen sowie Verwaltungsdienstleistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Fraktionen erbracht.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Repräsentanz des Landtags nach außen
- Kontakte zu Partnerregionen, insbesondere in der EU
- Politische Zuarbeit, soweit die Repräsentanz des Landtags in Gremien dies erfordert
- Rechtsberatung der Abgeordneten in Parlamentsangelegenheiten
- Berechnung der Entschädigungszahlungen, von Übergangsgeld, Versorgungszahlungen, Beihilfe, Reisekosten u.a.
- Informationsvermittlung (Bibliotheksdienst, Landtagsinformationssystem, Pressespiegel)
- Betreuung des Vereins der Ehemaligen
- Personalwirtschaftliche Betreuung der Mitarbeiter von Abgeordneten
- Bereitstellung und Unterhaltung von Büro- u. Sitzungsräumen
- Fahrdienste
- Bereitstellung von IT Hard- und Software
- Bearbeitung und Prüfung von Fraktions-/Parteienfinanzierung
- Budgetbüro

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Organisation des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten"

5. Empfänger

Das Parlament.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	14.362	13.666	15.805	15.903	15.278
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	722,57	689,11	608,88	597,06	597,12
6.3.2 <u>Infrastrukturkosten optimieren</u>						
Durchschnittlicher Aufwand pro Landtagsmandat	EUR					
Durchschnittlicher Aufwand pro betreuten Abgeordneten-IT-Arbeitsplatz	EUR					

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

Bei der Kennzahl "Durchschnittlicher Aufwand pro betreuten Abgeordneten-IT-Arbeitsplatz" werden nur die Kosten für die Anmietung und Betreuung der Arbeitsplätze sowie die Leitungskosten ausgewiesen. Nicht enthalten sind die anteiligen Kosten der Infrastruktur inkl. Serverfarm im Landtag.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	7.023.600	6.346.700	6.814.601
Sachkosten	5.191.100	4.872.600	4.778.373
Gesamtkosten	12.214.700	11.219.300	11.592.974
Erlöse	1.837.200	1.801.900	1.552.233
Betriebsergebnis	-10.377.500	-9.417.400	-10.040.741
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	10.377.500	9.417.400	9.623.326
Ergebnis	-	-	-417.415

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2:

Bezeichnung: Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Bundesgesetze, Landesgesetze, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Mit diesem Produkt wird der Ablauf der parlamentarischen Initiativen und des Gesetzgebungsverfahrens innerhalb des Parlaments gewährleistet.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Geschäftsmäßige Bearbeitung von Gesetzesinitiativen und diese betreffende Anträge
- Geschäftsmäßige Bearbeitung von parlamentarischen Initiativen
- Geschäftsführung Ältestenrat
- Geschäftsführung Plenum
- Begleitung von Wahlen interner und externer Gremien
- Geheimschutz
- Geschäftsführung der Fachausschüsse
- Geschäftsführung der Enquetekommissionen
- Bearbeitung und Erstellung von Ausschussprotokollen, Plenarprotokollen, Protokollen für die Enquetekommissionen, Untersuchungsausschüsse und für Präsidium und Ältestenrat
- Sitzungsdienst Plenum
- Organisation und Durchführung von Anhörungen
- Parlamentsdokumentation
- Reisemanagement im Gesetzgebungsverfahren (Ausschussreisen)
- Herstellung und Druck von Protokollen und Drucksachen
- Planung und Einführung von Workflow

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Wahrnehmung des Initiativ- und Kontrollrechts des Parlaments sicherstellen"

5. Empfänger

Parlament, Landesregierung, Öffentlichkeit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	29.809	29.390	28.816	26.667	30.987
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	106,9	108,89	102,88	110,47	88,50
6.3.2 <u>Bearbeitungskosten optimieren</u>						
Durchschnittliche Kosten einer Plenarsitzungsstunde	EUR					
Durchschnittliche Kosten einer Initiative	EUR					

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

In der Kennzahl "Durchschnittliche Kosten einer Plenarsitzung" wird der Aufwand aller Leistungen, die zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung (inkl. Ausschusssitzungen und Anhörungen) einer Plenarsitzung notwendig sind, ausgewiesen (gesamter Leistungsumfang siehe Punkt 3.2 "Leistungen zum Produkt"). Die Kennzahl "Durchschnittliche Kosten einer Initiative" weist den Aufwand aller Leistungen vom Eingang der Initiative beim Landtag bis hin zur Ablage im Archiv aus.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	2.477.900	2.506.100	2.040.872
Sachkosten	722.900	709.800	522.825
Gesamtkosten	3.200.800	3.215.900	2.563.697
Erlöse	14.300	15.500	16.697
Betriebsergebnis	-3.186.500	-3.200.400	-2.547.000
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	3.186.500	3.200.400	2.964.600
Ergebnis	-	-	417.600

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 3:

Bezeichnung: Begleitung von Petitionen

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien des Landes Hessen (GGO), Bundesgesetze, Landesgesetze usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Mit dem Produkt wird die parlamentarische Bearbeitung von Petitionen sichergestellt.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Bearbeitung von Petitionen
- Geschäftsführung und Protokolle für Petitionsausschuss und Vorprüfungskommission
- Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Petitionen
- Reisemanagement für Petitionsausschussreisen

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Das verfassungsmäßige Petitionsrecht sicherstellen"

5. Empfänger

Parlament, Petenten, Landesregierung, Bundestag und andere Landtage

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	7.479	7.982	7.763	7.247	8.507
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	124,6	116,52	112,25	124,44	112,25
6.3.2 <u>Bearbeitungskosten optimieren</u>						
Durchschnittlicher Aufwand pro Petition	EUR					

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	746.700	746.000	639.527
Sachkosten	191.200	190.100	187.603
Gesamtkosten	937.900	936.100	827.130
Erlöse	6.000	6.000	10.116
Betriebsergebnis	-931.900	-930.100	-817.014
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	931.900	930.100	871.400
Ergebnis	-	-	54.386

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 4:

Bezeichnung: Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Mit dem Produkt werden protokollarische Anlässe und offizielle Veranstaltungen des Landtags durchgeführt.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Pressestelle im Hessischen Landtag
- Organisation der Teilnahme des Landtags am Hessentag
- Assistentztätigkeit für den Landtagspräsidenten
- Organisation und Durchführung von großen und kleinen Protokollanlässen
- Parlamentarischer Abend

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren"

5. Empfänger

Parlament und Öffentlichkeit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	12.290	7.781	8.820	9.308	9.629
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	107,18	113,40	89,83	76,16	94,46
6.3.2 <u>Kosten der "kleinen" Protokollanlässe optimieren / Ab 2012: Kosten der Protokollanlässe optimieren</u>						
Durchschnittliche Kosten je "kleinem" Protokollanlass / Ab 2012: Durchschnittliche Kosten je Protokollanlass	EUR					

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	864.800	596.500	555.415
Sachkosten	457.400	290.300	329.136
Gesamtkosten	1.322.200	886.800	884.551
Erlöse	4.900	4.400	6.245
Betriebsergebnis	-1.317.300	-882.400	-878.306
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	1.317.300	882.400	792.300
Ergebnis	-	-	-86.006

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 5:

Bezeichnung: Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Mit dem Produkt wird die Darstellung des Landtags in der Öffentlichkeit sichergestellt. Ergänzend dazu soll ein Seminarprogramm für Besuchergruppen, insbesondere Schüler und Jugendliche, entwickelt werden.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Betreuung der Landtagswebsite
- Besucherdienst und Führungen
- Organisation und Durchführung von Großveranstaltungen
- Organisation und Durchführung von Eigenveranstaltungen
- Erstellung und Herausgabe von Publikationen
- Organisation und Durchführung von Seminaren der politischen Bildung
- Entwicklung und Pflege der Abgeordnetendatenbank und des amtlichen Handbuchs
- Betreuung von Fremdveranstaltungen

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"

Ziel "Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren"

5. Empfänger

Parlament und Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	9.921	13.240	11.584	12.098	12.310
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	174,64	166,75	175,54	150,84	135,97
6.3.2 <u>Finanzmittel zielgerichtet einsetzen</u>						
Durchschnittliche Kosten je Seminarteilnehmer	EUR					
Durchschnittliche Kosten je Besucher	EUR					

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	710.300	890.800	666.019
Sachkosten	1.042.500	1.331.100	1.343.023
Gesamtkosten	1.752.800	2.221.900	2.009.042
Erlöse	20.200	14.100	58.345
Betriebsergebnis	-1.732.600	-2.207.800	-1.950.697
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	1.732.600	2.207.800	2.033.400
Ergebnis	-	-	82.703

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 4:

Bezeichnung: Enquetekommission "Bildung"

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss des Landtags vom 12. März 2014 (6. Plenarsitzung - Drucks. 19/191)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Aufgabe der Enquetekommission ist es, die gestiegenen und weiter steigenden Anforderungen an frühkindliche, schulische und berufliche Bildung aller Kinder und Jugendlichen zur individuellen Lebensbewältigung, zur Existenzsicherung, zur Verwirklichung von Chancengleichheit und zur Erziehung mündiger Bürger im Sinne des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. Unverzichtbares Ziel ist es, die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozio-ökonomischen Lage und der kulturell-ethnischen Herkunft der Eltern nachhaltig zu lösen und an den Begabungen und Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen zu orientieren.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Organisation der Sitzungen der Enquetekommission
- Organisation von Anhörungen, Einholung von Stellungnahmen
- Protokollierung der Sitzungen
- Erstellung eines Abschlussberichts bzw. ggf. eines Zwischenberichts

4. Bezug zu politischen Zielen

Die Enquetekommission soll politische Handlungsempfehlungen für die Verbesserung der Rahmenbedingungen und Herausforderungen einer erfolgreichen und zukunftsgerichteten schulischen Bildungspolitik und für einen effizienten und zielgerichteten Mitteleinsatz erarbeiten.

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	38.300	38.700	30.749
Sachkosten	119.200	131.800	52.793
Gesamtkosten	157.500	170.500	83.542
Erlöse	100	300	214
Betriebsergebnis	-157.400	-170.200	-83.328
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	157.400	170.200	159.000
Ergebnis	-	-	75.672

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 5:

Bezeichnung: Untersuchungsausschuss 19/1

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss zu Drucks. 19/193 in nach mündlichem Antrag geänderter Fassung in der 7. Plenarsitzung am 13. März 2014

Art. 99 HV, § 54 GOHLT

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, umfassend aufzuklären, wer für die rechtswidrigen Anordnungen zur vorläufigen Stilllegung der beiden Atomkraftwerksblöcke in Biblis verantwortlich ist und welche Umstände zur rechtswidrigen Stilllegungsverfügung von 18. März 2011 geführt haben. Es ist ebenfalls aufzuklären, ob die Landesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß und vollständig über diese Vorgänge informiert hat.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Ladung von Zeugen und Sachverständigen
- Organisation von Sitzungen
- Protokollierung von Sitzungen
- Wissenschaftliche Beratung

4. Bezug zu politischen Zielen

Kontrolle der Regierung

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	–	21.400	136.337
Sachkosten	35.000	116.300	–
Gesamtkosten	35.000	137.700	136.337
Erlöse	–	100	602
Betriebsergebnis	-35.000	-137.600	-135.735
Neutrale Aufwendungen	–	–	–
Neutrale Erträge	–	–	–
Produktabgeltung	35.000	137.600	120.000
Ergebnis	–	–	-15.735

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 6:

Bezeichnung: Untersuchungsausschuss 19/2

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss des Landtags zu Drucks. 19/445 in der 13. Plenarsitzung am 22. Mai 2014
Art. 92 HV, § 54 GOHLT

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, umfassend aufzuklären, in welcher Weise die hessischen Gerichte, Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden auf der Landesebene und mit den Bundesbehörden und anderen Landesbehörden in Zusammenhang mit der Aufklärung des Mordes an Halit Yozgat und der NSU-Mordserie zusammengearbeitet haben und welche Fehler bei der Aufklärung der NSU-Morde in Hessen im Rahmen der Ermittlungsarbeit und des Zusammenwirkens der Sicherheitsbehörden begangen wurden.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Ladung von Zeugen und Sachverständigen
- Organisation von Sitzungen
- Protokollierung von Sitzungen
- Wissenschaftliche Beratung

4. Bezug zu politischen Zielen

Kontrolle der Regierung

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	104.700	27.300	225.544
Sachkosten	910.000	725.500	-
Gesamtkosten	1.014.700	752.800	225.544
Erlöse	500	100	715
Betriebsergebnis	-1.014.200	-752.700	-224.829
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	1.014.200	752.700	300.000
Ergebnis	-	-	75.171

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 7:

Bezeichnung: Enquetekommission "Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen"

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss des Landtags vom 17. Dezember 2015 (62. Plenarsitzung - Drucks. 19/2566)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Die Enquetekommission hat den Auftrag, die Hessische Verfassung in ihrer Gesamtheit zu überarbeiten und Vorschläge für ihre zukunftsfähige Gestaltung zu unterbreiten.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Organisation der Sitzungen der Enquetekommission
- Organisation von Anhörungen, Einholung von Stellungnahmen
- Protokollierung der Sitzungen
- Erstellung eines Abschlussberichts bzw. ggf. eines Zwischenberichts

4. Bezug zu politischen Zielen

Der Bezug ergibt sich mit der Einsetzung der Enquetekommission.

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	-	-	-
Sachkosten	413.800	-	-
Gesamtkosten	413.800	-	-
Erlöse	-	-	-
Betriebsergebnis	-413.800	-	-
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	413.800	-	-
Ergebnis	-	-	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu externer Leistung Nr. 1:

Bezeichnung: Herstellung, Druck und Kopie für Externe

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Bestellung von Externen und Genehmigung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der externen Leistung

- Herstellung von Druckerzeugnissen

3.2 Fachleistungen zur externen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
je 100 bedruckte Seiten	Stück	1.200	4.500	797	3.819	1.000
Anzahl Stunden (informativ)	BE					20
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
-						

Erläuterung zu Mengen

Nach der Einführung eines neuen Verrechnungsschemas wird die Anzahl der Stunden nicht mehr zusätzlich erfasst.

Erläuterung zu Kennzahlen

Qualitätskennzahlen werden zu Externen Leistungen in der Regel nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	2.000	9.785	1.381
Sachkosten	2.300	8.452	1.138
Gesamtkosten	4.300	18.237	2.519
Erlöse	4.300	18.237	6.872
Betriebsergebnis	-	-	4.353
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	-	-	-
Ergebnis	-	-	4.353

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:

Bezeichnung: Ausbildung von Rechtsreferendaren

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Justizausbildungsverordnung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Während ihrer Referendarzeit absolvieren die Rechtsreferendare einen Ausbildungsabschnitt (Pflichtwahlstation) in verschiedenen Bereichen der Kanzlei des Landtags.

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz bzw. Rechtsreferendare

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	70	60	49	80	33
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	137,14	131,67	93,88	90,57	81,05

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	8.100	6.700	4.160
Sachkosten	1.500	1.300	702
Gesamtkosten	9.600	8.000	4.862
Erlöse	–	100	25
Betriebsergebnis	-9.600	-7.900	-4.837
Neutrale Aufwendungen	–	–	–
Neutrale Erträge	–	–	–
Produktabgeltung	9.600	7.900	4.600
Ergebnis	–	–	-237

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 2:

Bezeichnung: Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Unterstützung anderer Buchungskreise bei der Erledigung ihrer Aufgaben

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Ressorts und andere Organisationen der Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	0	0	0	0	0
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
-						

Qualitätskennzahlen werden zu Zwischenbehördlichen Leistungen in der Regel nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	-	-	-
Sachkosten	-	-	-
Gesamtkosten	-	-	-
Erlöse	-	-	-
Betriebsergebnis	-	-	-
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	-	-	-
Ergebnis	-	-	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 3:

Bezeichnung: Veranstaltungen, Pressekonferenzen, LPK

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen
- Bereitstellung von Räumlichkeiten für Mitglieder der Landespressekonferenz (LPK)
- Ausfertigung von Pressespiegeln für Mitglieder der LPK

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Ressorts und andere Organisationen der Landesregierung und Mitglieder der LPK

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	20	1	3	0	2
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	8.315,00	0	0	0	920,48

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	75.000	77.600	121
Sachkosten	96.400	74.700	5.812
Gesamtkosten	171.400	152.300	5.933
Erlöse	4.900	4.900	-
Betriebsergebnis	-166.500	-147.400	-5.933
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	166.500	147.400	-
Ergebnis	-	-	-5.933

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 4:

Bezeichnung: Durchführung von Veranstaltungen für andere Buchungskreise

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Organisation und Durchführung von Veranstaltungen im Auftrag der Landesregierung

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Hessische Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	920	1.565	850	1.348	1.481
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	57,39	46,65	84,82	50,68	30,20

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	46.200	66.700	40.912
Sachkosten	6.700	6.500	–
Gesamtkosten	52.900	73.200	40.912
Erlöse	200	200	106
Betriebsergebnis	-52.700	-73.000	-40.806
Neutrale Aufwendungen	–	–	–
Neutrale Erträge	–	–	–
Produktabgeltung	52.700	73.000	72.100
Ergebnis	–	–	31.294

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
1	550-557, 559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
2	558	Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	–	–	–
	5581	<i>davon Bundesergänzungszuweisungen</i>	–	–	–
3	540-543, 580-589, 591	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	–	–	27.500
4	500-519, 544	Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	19.395.000	17.926.900	16.940.726
	510-513, 515-518	Erträge aus Gebühren	–	–	–
	514	Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern sowie Einziehungen oder Verfall	–	–	–
	500-509, 519	Umsatzerlöse	–	–	–
	544	Produktabgeltung	19.395.000	17.926.900	16.940.726
5	520-529	Bestandsveränderungen/ aktivierte Eigenleistungen	–	–	–
6	530-539, 545-549	Sonstige Erträge	1.892.600	1.865.800	1.746.819
7		Summe Erträge	21.287.600	19.792.700	18.715.045
8	600-619, 718	Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	3.297.700	2.967.300	2.408.661
	600-609	Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	873.300	894.300	754.707
	610-619	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.424.400	2.073.000	1.653.954
	718	Aufwendungen aus Produktabgeltung	–	–	–
9	620-649	Personalaufwand	12.097.700	11.334.200	10.952.230
	620-629	Entgelte	4.369.800	4.226.300	4.110.270
	630-639	Bezüge	4.745.900	4.143.600	4.603.549
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.982.000	2.964.300	2.238.411
10	660-669	Abschreibungen	1.489.000	1.486.900	1.496.885
	660-667, 669	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.489.000	1.486.900	1.496.885
	668	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit unüblich hoch	–	–	–
11	720-729	Aufwendungen aus Finanzausgleichsbeziehungen	–	–	–
	727	<i>davon Bundesergänzungszuweisungen</i>	–	–	–
12	710-717, 719, 730-739, 780-789	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	–	–	15.176
13	650-659, 670-699	sonstige Aufwendungen	4.330.300	3.939.600	3.506.519
	650-659	sonstige Personalaufwendungen	270.400	185.300	173.048
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2.914.200	2.437.000	2.243.578
	680-699	Verluste aus Wertminderungen und dem Abgang von Vermögensgegenständen und übrige Aufwendungen	1.145.700	1.317.300	1.089.893
14		Summe Aufwendungen	21.214.700	19.728.000	18.379.471
15		Verwaltungsergebnis (Saldo 7 und 14)	72.900	64.700	335.574

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
16	560-563	Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
	560	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
17	564-569	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
	5641	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
18	570-579	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	6
	570	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
19	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-
20	760-769	Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-	-	-
21	750-759	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	65.900	57.700	73.848
	750	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
22		Finanzergebnis (Saldo 16 bis 21)	-65.900	-57.700	-73.842
23		Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit (Saldo 15 und 22)	7.000	7.000	261.732
24	590, 592-594, 599	Außerordentliche Erträge	-	-	60.000
	599	<i>davon Erträge aus der Auflösung von Rücklagen</i>	-	-	-
25	791-799	Außerordentliche Aufwendungen	-	-	60.000
	796	<i>davon Aufwendungen durch die Zuführung von Rücklagen</i>	-	-	60.000
26		Außerordentliches Ergebnis (Saldo 24 und 25)	-	-	-
27	700-709, 770-779	Steuern	7.000	7.000	4.533
	770-779	vom Einkommen und vom Ertrag	-	-	-
	700-709	sonstige Steuern	7.000	7.000	4.533
28	595-598, 790	Erträge aus Verlustübernahme/ Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-257.199
	595-598	Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
	790	Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	257.199
29		Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (Saldo 23, 26, 27 u. 28)	-	-	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
30	538, 544, 548	Abgeltungen für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	59.388.800	43.809.800	33.529.438
	538	Erträge Herabsetzung Rückstellungen Legislative	–	1.700.000	4.066.981
	544	Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	59.388.800	42.109.800	29.414.664
	548	Erstattungen Legislative	–	–	47.793
31		Summe Erträge Legislative	59.388.800	43.809.800	33.529.438
32	658	Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	45.084.300	36.447.200	26.220.999
33		Summe Aufwand Legislative	45.084.300	36.447.200	26.220.999
34		Ergebnis Legislative	14.304.500	7.362.600	7.308.439
35	576	Zinserträge Legislative	–	–	–
36		Finanzertrag Legislative	–	–	–
37	757	Zinsaufwand Legislative	13.341.900	6.400.000	6.345.820
38		Finanzaufwand Legislative	13.341.900	6.400.000	6.345.820
39		Finanzergebnis	-13.341.900	-6.400.000	-6.345.820
40	539, 595	Außerordentliche Erträge Legislative, Ertrag Verlustausgleich	–	–	–
41		Außerordentliche Erträge Legislative	–	–	–
42	790, 791	Außerordentliche Aufwendungen Legislative, Aufwand aus Gewinnabführung	962.600	962.600	962.619
43		Außerordentliche Aufwendungen Legislative	962.600	962.600	962.619
44		Außerordentliches Ergebnis Legislative	-962.600	-962.600	-962.619
45		Jahresergebnis Legislative	–	–	–

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind keine kostenmindernden Erlöse enthalten, die die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Dienstleister

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KFZ-Selbstversicherung)	3.300 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	675.400 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	175.300 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	132.700 EUR

Neutrale Aufwendungen / Erträge

-

Periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Das Ergebnis des Jahres 2014 ist im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan nicht deckungsgleich, weil im Erfolgsplan auch periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge enthalten sind, die in der Kostenrechnung für den Leistungsplan keine Berücksichtigung finden.

Zu Pos. 9: In den Personalaufwendungen sind enthalten

Beiträge an die Vorsorgekasse	1.677.600 EUR
Beiträge an die Unfallkasse	35.300 EUR
Altersteilzeitrückstellungen	-227.600 EUR
Sonstige Rückstellungen	167.900 EUR

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 544:

Davon als Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse: 228.800 EUR

Zu VKR 670-679:

Davon 250.000 EUR für die Fraktionen im Landtag zweckgebunden zur Abdeckung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Enquetekommission "Verfassungskonvent". Von den Mitteln kann jede Fraktion bis zu 50.000 EUR verwenden.

Zu VKR 680-699:

Davon 67.000 EUR zur Verfügung des Landtagspräsidenten und der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Zu VKR 658:

Leistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebene

Die für Zahlungen nach dem Abgeordnetenrecht geplante Abgeltung (kammeraler Zuschuss) verteilt sich wie folgt:

	EUR	EUR
Entschädigungen und Unterstützungen an Abgeordnete:	–	18.331.000
1. Entschädigung (§ 5 HessAbgG)	9.423.000	
2. Tage- und Übernachtungsgelder (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 HessAbgG)	591.000	
3. Vergütungen für Mitarbeiter (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 HessAbgG)	5.787.000	
4. Kostenpauschale (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 HessAbgG)	781.000	
5. Fahrkosten (§ 7 HessAbgG)	1.399.000	
6. Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (§ 16 HessAbgG)	350.000	
7. Unterstützungen (§ 17 HessAbgG)	–	
Zusammen	18.331.000	
Zahlungen an ausgeschiedene Abgeordnete des Landtags sowie deren Hinterbliebene (einschließlich Übergangsgeld und Unterstützungen)	–	7.028.000
Summe:	–	25.359.000

Als nicht zahlungswirksamer Aufwand sind Zuführungen zu den Rückstellungen wie folgt geplant:

Bei den Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	19.952.900 EUR
Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	10.858.300 EUR
Nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) aus 2009	962.600 EUR
Gesamt	31.773.800 EUR

Von den Zuführungsbeträgen entfallen 4.661.800 EUR auf regelmäßige Aufzinsungen und 8.680.100 EUR auf eine Anpassung des Zinssatzes zur Abzinsung von Pensionsrückstellungen und ähnlichen langfristigen Rückstellungen (Diskontierungszinssatz) unter Berücksichtigung der Vorgaben des Gremiums zur Standardisierung des staatlichen Rechnungswesens.

Aufwandsmindernd ist die Inanspruchnahme von Rückstellungen wie folgt geplant:

Bei den Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	69.000 EUR
Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	6.923.200 EUR
Gesamt	6.992.200 EUR

Als Ertrag ist die Auflösung von Rückstellungen wie folgt geplant:

Bei den Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	0 EUR
Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	0 EUR

Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Fraktionen

Es sind Aufwendungen in Höhe von 7.704.120 EUR geplant, die sich wie folgt verteilen:

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

	EUR	EUR
CDU	–	1.935.534
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (47 x 13.000 EUR)	611.000	
Stellenaufkommen von 8 Planstellen	801.645	
Aufkommen von 1 weggefallenen Planstelle	82.689	
Zusammen	1.935.534	
SPD	–	1.887.234
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (37 x 13.000 EUR)	481.000	
Oppositionszuschlag	162.761	
Stellenaufkommen von 5 Planstellen	524.132	
Aufkommen von 4 weggefallenen Planstellen	279.141	
Zusammen	1.887.234	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	1.412.984
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (14 x 13.000 EUR)	182.000	
Stellenaufkommen von 8 Planstellen bzw. Stellen	790.784	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	–	
Zusammen	1.412.984	
DIE LINKE	–	1.152.888
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (6 x 13.000 EUR)	78.000	
Oppositionszuschlag	31.104	
Stellenaufkommen von 0 Planstellen	–	
Aufkommen von 8 vergleichbaren weggefallenen Planstellen	603.584	
Zusammen	1.152.888	
FDP	–	1.315.480
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (6 x 13.000 EUR)	78.000	
Oppositionszuschlag	31.104	
Stellenaufkommen von 8 Planstellen	766.176	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	–	
Zusammen	1.315.480	
Summe	–	7.704.120

Jede Fraktion erhält zur Deckung ihres Bedarfes einen Grundbetrag, der sich aus einem allgemeinen Grundbetrag (440.200 EUR) und einem Personalgrundbetrag, der auf der Basis von zugeordneten vorhandenen oder weggefallenen Planstellen oder Stellen nach Standardpersonalkosten (Planbetrag für das Haushaltsjahr nach der Tabelle des HMdLuS) festgesetzt wird, zusammensetzt. Sind einer Fraktion keine Planstellen / Stellen zugeordnet, so wird der Personalgrundbetrag aus den Standardpersonalkosten für eine Planstelle der Besoldungsgruppe B3, für je zwei Planstellen der Besoldungsgruppen A16 und A15 und für drei Planstellen der Besoldungsgruppe A14, jeweils ohne Vorsorgeprämie, ermittelt.

Jede Fraktion erhält einen Betrag für jedes Mitglied (13.000 EUR).

Jede Fraktion, die nicht die Landesregierung trägt, erhält einen Oppositionszuschlag.

Die Jahresgrundbeträge, die Jahresbeträge für jedes Mitglied, das Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen und der Oppositionszuschlag (insgesamt 4.821.383 EUR) werden an die Fraktionen des Landtags in monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt.

Bedienstete erhalten die Fraktionen zu Lasten der zugeordneten Planstellen bzw. Stellen und des zugehörigen Stellenaufkommens zur Verfügung gestellt. Werden zugeordnete Planstellen bzw. Stellen nicht in Anspruch genommen, wird das für die Planstellen bzw. Stellen eingeplante Aufkommen, vermindert um die Vorsorgeprämie, an die jeweilige Fraktion ausgezahlt.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Werden Planstellen bzw. Stellen von Beschäftigten in Anspruch genommen, die einer Besoldungs- oder Vergütungsgruppe angehören, welche nicht die Wertigkeit der Planstelle oder Stelle erreicht, auf der sie geführt werden, so wird der Differenzbetrag zwischen den geplanten Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) und den den Beschäftigten nach ihrer tatsächlichen Eingruppierung zuzurechnenden Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) an die jeweilige Fraktion ausbezahlt. Werden Planstellen bzw. Stellen von Beschäftigten in Anspruch genommen, die die regelmäßige Arbeitszeit geringer als eine Vollzeitkraft vereinbart haben (Teilzeitbeschäftigte), so werden die Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) an die jeweilige Fraktion in der Höhe ausgezahlt, die auf den Zeitanteil entfällt, um den die Arbeitszeit verringert ist.

Bestandteile der Fraktionsfinanzierung, die einen Personalgrundbetrag abdecken, nehmen an Besoldungs- und Tariferhöhungen für Personal des Landes in gleichem Umfang teil, wie die Personalkostenansätze der Gruppen 422 und 428 in Kapitel 01 01.

Zahlung nach Maßgabe des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes

Es ist für das Haushaltsjahr 2016 eine Abgeltung (kameraler Zuschuss) in Höhe von 1.544.030 EUR geplant.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		47.000	79.000	22.873
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	47.000	79.000	22.873
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		–	–	39.375
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	–	–	39.375
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		262.100	553.400	385.111
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	262.100	553.400	385.111
Investitionen in Finanzanlagen		–	–	–
100-170	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		309.100	632.400	447.359
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	309.100	632.400	447.359
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		309.100	632.400	447.359

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Finanzplan

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELPOSITIONEN

Zu VKR 000-049:

20.000 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Server-Lizenzen (Betriebssysteme und Datenbanken),
17.000 EUR für ein Barcode-Lesesystem,
10.000 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Arbeitsplatzsoftware für Abgeordnete, Fraktionen und die Landtagskanzlei.

Bei Investitionen in Anwendungen, die nicht mit Standard-Software abgedeckt werden können, ist der Einkauf von Fremdleistungen (Beratung, Konzeption, Implementierung, Tests usw.) im Planbetrag berücksichtigt.

Zu VKR 050-069, 091, 096:

Im Ist 2014 sind Investitionen in Höhe von 36.452,96 EUR enthalten, die aus dem Epl. 18 finanziert wurden (Teilerneuerung des Plenarsaalgebäudes).

Zu VKR 070-089, 090, 095:

60.000 EUR für den Ausbau und die Teilerneuerung der Server-/Speicher-Infrastruktur,
50.000 EUR für Ergänzungen/Erweiterungen im Backup-Serverraum (Server/Storage),
20.000 EUR für Medienbestände/Bücher,
3.700 EUR für Barcode-Lesegeräte,
75.200 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung EDV-Arbeitsplatz- und Personalausstattungen,
12.500 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Dokumentenscannern,
7.600 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Etagendruckern,
33.100 EUR für die allgemeine Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung einschl. geringwertiger Ausstattung.

Im Ist 2014 sind Investitionen in Höhe von 2.103,61 EUR enthalten, die aus dem Epl. 18 finanziert wurden (Teilerneuerung des Plenarsaalgebäudes).

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR
Produktabgeltung lt. Erfolgsplan	19.395.000	17.926.900
+ Investitionen lt. Finanzplan	309.100	632.400
- Abschreibungen	1.489.000	1.486.900
- Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundenen Rückstellungen	-59.700	272.700
+ Auflösung der Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundener Rückstellungen	-	353.500
- Entnahmen aus den kameralen Rücklagen	-	-
+/- Neutrales Ergebnis	-	-
+ Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Parteien und Fraktionen	59.388.800	42.109.800
- Zuführungen zu Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	31.773.800	16.762.600
+ Inanspruchnahme von Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	6.992.200	6.610.000
+ Auflösung von Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	-	1.700.000
- Rückzahlungen von Abgeordneten, Parteien und Fraktionen	-	-
Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	52.882.000	50.810.400

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	IST 2014 EUR
Funkt.- Kennziffer				
01 01	Landtag			
	E I N N A H M E N			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)			
111	011 Gebühren, sonstige Entgelte.	—	—	6
119	011 Sonstige Verwaltungseinnahmen. Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten auf- gesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstel- lung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötig- ten Wand- oder Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	1 714 700	1 687 900	1 332 719
124	011 Mieten und Pachten.	178 000	178 000	179 769
125	011 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit.	—	—	70
131	011 Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen.	—	—	—
132	011 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	1 861
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)			
232	011 Sonstige Zuweisungen von Ländern.	—	—	13 433
235	253 Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern so- wie von der Bundesagentur für Arbeit.	—	—	—
281	011 Sonstige Erstattungen aus dem Inland.	—	—	12 871
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)			
359	850 Sonstige Entnahmen.	—	—	—
381	890 Verrechnungen zwischen Kapiteln.	—	—	29 922
389	890 Sonstige Verrechnungen.	—	—	122 496
	Gesamteinnahmen Kapitel 01 01.	1 892 700	1 865 900	1 693 148

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	IST 2014 EUR
Funkt.- Kennziffer				
A U S G A B E N				
Personalausgaben				
411	011 Aufwendungen für Abgeordnete.	25 359 000	24 419 800	24 996 292
412	011 Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige.	—	—	—
422	011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	4 733 200	4 030 400	4 369 415
427	011 Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige.	—	—	—
428	011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	5 777 100	5 778 500	5 474 810
443	011 Fürsorgeleistungen und Unterstützungen.	7 700	7 700	4 892
453	011 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen.	27 000	500	12 079
459	011 Sonstige personalbezogene Ausgaben.	10 200	7 000	9 804
461	880 Globale Mehrausgaben für Personalausgaben.	—	—	—
Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst				
511	011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchs- gegenstände.	718 800	776 700	696 592
514	011 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl..	203 500	197 600	168 860
517	011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume.	1 175 000	1 190 500	1 100 572
518	011 Mieten und Pachten.	645 600	608 300	574 129
519	011 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen.	665 200	638 000	1 182 852
525	011 Aus- und Fortbildung.	81 700	77 900	48 091
526	011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	159 200	109 700	78 579
527	011 Dienstreisen.	105 400	99 600	52 788
529	011 Verfügungsmittel.	67 000	67 000	56 287
531	011 Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öff- fentlichkeitsarbeit. Amtliche Druckwerke und Veröffentlichungen des Landtags dürfen an öffent- liche Dienststellen, Institutionen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen einschließlich der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in begrenztem Umfang unentgeltlich abgegeben werden.	327 000	310 100	395 757
536	011 Verfahrensauslagen.	—	—	—
537	011 Beförderungskosten.	11 500	5 500	9 636
538	011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen.	2 449 300	1 962 900	763 662

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	IST 2014 EUR
Funkt.- Kennziffer				
542	011 Steuern und Abgaben.	—	—	761
545	011 Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung.	343 300	510 500	259 794
547	011 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.	209 300	124 700	—
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
632	011 Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder.	10 000	9 300	24 320
671	011 Erstattungen an Inland.	213 600	90 000	92 880
681	011 Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen.	10 500	10 500	2 000
684	011 Mittel nach Maßgabe des Fraktionsgesetzes, des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes. 1. Die Mittel sind übertragbar. 2. Bestandteile der Fraktionsfinanzierung, die einen Personalgrundbetrag abdecken, nehmen an Besoldungs- und Tariferhöhungen für Personal des Landes wie die vergleichbaren Ansätze der Gruppen 422 und 428 teil.	9 248 200	9 237 500	9 092 934
685	011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen . Aus der Gruppe können auch persönliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.	8 800	8 800	8 748
687	011 Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht an die EU).	—	—	—
Baumaßnahmen				
711	011 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.	—	—	—
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
811	011 Erwerb von Fahrzeugen.	—	—	—
812	011 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen. . . .	159 000	408 800	195 101
Besondere Finanzierungsausgaben				
919	850 Sonstige Zuführungen.	—	—	60 000
981	890 Verrechnungen zwischen Kapiteln.	1 712 900	1 663 700	1 041 500
989	890 Sonstige Verrechnungen.	335 700	324 800	482 530
Gesamtausgaben Kapitel 01 01.		54 774 700	52 676 300	51 255 663

52
Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	IST 2014 EUR
Funkt.- Kennziffer				
Abschluss Kapitel 01 01				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben.	—	—	—
1	Eigene Einnahmen.	1 892 700	1 865 900	1 514 425
2	Übertragungseinnahmen.	—	—	26 305
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungsein- nahmen.	—	—	152 418
	Gesamteinnahmen.	1 892 700	1 865 900	1 693 148
4	Personalausgaben.	35 914 200	34 243 900	34 867 292
5	Sächliche Verwaltungsausgaben.	7 161 800	6 679 000	5 388 358
	Ausgaben für den Schuldendienst.	—	—	—
6	Übertragungsausgaben.	9 491 100	9 356 100	9 220 882
7	Baumaßnahmen.	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben.	159 000	408 800	195 101
9	Besondere Finanzierungsausgaben.	2 048 600	1 988 500	1 584 030
	Gesamtausgaben.	54 774 700	52 676 300	51 255 663
	Zuschuss/Überschuss.	-52 882 000	-50 810 400	-49 562 515

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

W i r t s c h a f t s p l a n

Datenschutzbeauftragter

A. Vorbemerkungen

Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat als unabhängige, nicht der Steuerung der Landesregierung unterliegende oberste Landesbehörde nach dem Hessischen Datenschutzgesetz folgende Aufgaben:

Er hat das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger gegenüber allen Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie den der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen sicherzustellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen. Er ist auch Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich nach § 38 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und hat Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 Telemediengesetz (TMG) zu verfolgen.

Ferner soll er das auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung beruhende verfassungsmäßige Gefüge des Staates, insbesondere die Beziehungen der Verfassungsorgane des Landes und der Organe kommunaler Selbstverwaltung untereinander und zueinander, vor einer Gefährdung infolge der automatisierten Datenverarbeitung bewahren.

Die Aufgabenwahrnehmung des Hessischen Datenschutzbeauftragten erstreckt sich auf die Durchführung von anlassbezogenen und anlassunabhängigen Kontrollen, sowie auf die Beratung der seiner Zuständigkeit unterliegenden Stellen und Parlamente in allen Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit und des freien Zugangs zu Informationen (vgl. insbes. §§ 24, 25 HDSG, § 38 BDSG). Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat dabei mit Behörden und sonstigen Stellen, die für die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz in der Europäischen Union, in Bund und in den Ländern im öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich zuständig sind, zusammenzuarbeiten.

Der weitaus größte Anteil der Arbeiten des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist nicht vorausplanbar, weil sie auf Anfragen zur Beratung von öffentlichen Stellen und auf Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern beruhen oder die Mitarbeit bei der Normsetzung betreffen. Die Stellung des Datenschutzbeauftragten gebietet es, flexibel und möglichst zeitnah solche von außen angestoßenen Arbeiten durchzuführen und ggf. geplante Arbeiten zurückzustellen. In den Erläuterungen zum Leistungsplan des Produktplans finden sich deshalb keine Kennzahlen. Dem Zweck der Außensteuerung dienende produktspezifische Kennzahlen dürfen schon wegen der besonderen Stellung nach § 22 HDSG und Art. 28 Abs. 1 EG-Datenschutzrichtlinie nicht entwickelt werden, denn eine Steuerung der Aufgabenerfüllung des Hessischen Datenschutzbeauftragten von außen ist unzulässig (s. Urteil des EuGH vom 9. März 2010 C 518/07). Interne Steuerungsinstrumente wie Jahresplanung und Erfolgskontrolle sind demgegenüber seit langem vorhanden.

Seit seiner Wiederwahl im März 2014 ist der Hessische Datenschutzbeauftragte hauptamtlich tätig. Seine Position ist ein Amt besonderer Art und deshalb nicht als Beamtenposition ausgestattet. Näheres ist in § 21 HDSG geregelt.

Die Personal- und Sachausstattung ist dem Hessischen Datenschutzbeauftragten vom Präsidenten des Hessischen Landtags zur Verfügung zu stellen und im Einzelplan des Landtags in einem eigenen Kapitel auszuweisen (§ 31 HDSG).

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den Regeln der §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Die Ansätze der beiden Produkte und der Zwischenbehördlichen Leistungen sind gegenseitig deckungsfähig, damit der Hessische Datenschutzbeauftragte auf die an ihn herangetragenen Anforderungen flexibel reagieren kann.

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

W i r t s c h a f t s p l a n

Erfolgsplan

50 v. H. des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Finanzplan

Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig.

Für nicht realisierte Investitionen kann die Forderung aus Transferleistung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C. Haushaltsvermerke zum kameralen Rumpfhaushalt

Haushaltsvermerke zum kameralen Rumpfhaushalt sind bei diesem ausgebracht.

Zum 31.12.2014 besteht eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 1.026.576,74 EUR.

Zum 31.12.2014 besteht eine Investitionsrücklage in Höhe von 110.657,43 EUR.

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Bezeichnung	Soll 2016				
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
Produkte							
6		Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen	42.880	4.117,6	9,9	4.107,7	-
7		Stellungnahme zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament	4.864	482,6	0,1	482,5	-
Summe Produkte				4.600,2	10,0	4.590,2	-
Zwischenbehördliche Leistungen							
7		Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise (HDSB)	-	-	-	-	-
8		Ausbildung von Rechtsreferendaren (HDSB)	139	12,5	15,0	-	2,5
Summe Zwischenbehördliche Leistungen				12,5	15,0	-	2,5
Gesamtsumme				4.612,7	25,0	4.590,2	2,5

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2015					Ist 2014				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
44.573	4.036,9	8,3	4.028,6	-	41.339	3.342,1	27,5	3.728,0	413,4
6.031	566,2	0,2	566,0	-	4.199	348,8	0,7	481,5	133,4
	4.603,1	8,5	4.594,6	-		3.690,9	28,2	4.209,5	546,8
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
83	7,0	15,0	-	8,0	222	17,6	-	-	-17,6
	7,0	15,0	-	8,0		17,6	-	-	-17,6
	4.610,1	23,5	4.594,6	8,0		3.708,5	28,2	4.209,5	529,2

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 6:

Bezeichnung: Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen einschließlich Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 TMG

IPR-Nr. 032 - Aufgaben der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder

1. Erbringer

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Datenschutzgesetz und Bundesdatenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung sowie eine Vielzahl von Fachgesetzen aus allen Verwaltungsbereichen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Beratung und Kontrolle der Zuständigkeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten nach § 3 HDSG und nach § 24 Abs. 4 i.V.m. § 38 und § 2 BDSG unterliegenden öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen im Hinblick auf die Sicherstellung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung von Personen.

Wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Produkt - Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Die Vorjahrestendenz zum verstärkten Aufwand bei Prüfung und Beratung im nichtöffentlichen Bereich wird sich fortsetzen. Der Einsatz von Videotechnik im öffentlichen und privaten Bereich entwickelt sich zu einem Dauerbrenner. Datenschutzeingaben aus dem Gesundheitsbereich werden als Folge von Strukturänderungen in der Klinik- und Praxislandschaft verstärkt erwartet. Im Übrigen sind Masseneingaben von Datenschutzvereinigungen jederzeit möglich und neben den bekannten eingabeintensiven Bereichen wie Schufa, Kreditinstitute, Werbe- und Gewinnspielaktionen können tagesaktuelle Themen im Bereich von IT-Systemen zur Erforschung von Kundenverhalten (z.B. Schaufensterpuppen, Smart-TV, Kinderspielzeug) zu Eingabehäufungen führen. Im repressiven Bereich zeigt die Erfahrung, dass gegen ordnungsbehördliche Maßnahmen der Aufsichtsbehörde immer wieder und ständig zunehmend Rechtsmittel eingelegt werden, deren Bearbeitung - bis hin zum Klageverfahren - erheblichen Aufwand verursachen.

3.2 Leistungen zum Produkt

Die Erbringung der Leistungen zu diesem Produkt basiert zum einen Teil auf anlassunabhängigen Planungen, zum anderen Teil auf Beantwortung von Beratungsanfragen von Behörden und Unternehmen sowie auf der Bearbeitung von Eingaben von Personen, die ihr Recht nach § 28 HDSG und nach § 21 i.V.m. § 38 Abs. 1 BDSG wahrnehmen. Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Prüfung und Beratung einschließlich Ordnungswidrigkeitenverfahren (Recht und IT)
- Bürger-/ Behördenanfragen (Recht und IT)
- Durchführung von Schulungen (Recht und IT)
- Marktbeobachtung / Test (IT)
- EU-/Bund-/Länder-Arbeitskreise (Recht und IT)
- Sonderprojekte (Recht und IT)

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein Bezug zum politischen Zielsystem besteht nicht. Ziel des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist es, das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

5. Empfänger

Alle der Zuständigkeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten unterliegenden Stellen sowie jede oder jeder, die oder der das Anrufungsrecht nach § 28 HDSG oder nach § 21 i.V.m. § 38 Abs. 1 BDSG ausübt.

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Bereitstellung von Beratungseinheiten	STD	42.880	44.573	41.339	41.489	35.303
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	95,99	90,38	80,27	78,15	89,09

Wie in den Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan ausgeführt, werden produktspezifische Kennzahlen zur Leistungswirkung nicht entwickelt. Interne Steuerungsinstrumente sind vorhanden.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	3.043.500	3.151.400	2.637.232
Sachkosten	1.074.100	885.500	704.839
Gesamtkosten	4.117.600	4.036.900	3.342.071
Erlöse	9.900	8.300	27.422
Betriebsergebnis	-4.107.700	-4.028.600	-3.314.649
Neutrale Aufwendungen	206.600	-	-
Neutrale Erträge	206.600	-	-
Produktabgeltung	4.107.700	4.028.600	3.728.044
Ergebnis	-	-	413.395

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 7:

Bezeichnung: Stellungnahme zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament

IPR-Nr. 032 - Aufgaben der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder

1. Erbringer

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Datenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

In diesem Produkt sind alle Arbeiten zusammengefasst, die in die Beratung von Regierung und Parlament im Zusammenhang mit Normsetzung oder die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen einfließen. Dazu gehört auch die Erstellung von Gutachten für die Landesregierung zu Fragen des Datenschutzes, des freien Zugangs zu Informationen sowie die Information der Landesregierung und des Parlaments durch die Erstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts, eine aktuelle Berichterstattung im Unterausschuss Datenschutz des Landtags und die Durchführung von Veranstaltungen wie insbesondere das Wiesbadener Forum Datenschutz. Zum Produkt gehört auch die Erstellung von Informationsmaterialien, Transparenzdienstleistungen sowie Pressearbeit und Öffentlichkeitsarbeit zu aktuellen Themen.

Entwicklungen bei der Gesetzgebung haben maßgeblichen Einfluss. Neue IT-Verfahren und Bestrebungen im Bereich E-Government haben zunehmenden Einfluss/Wirkung auf die Gesetzgebung (DE-Mail, eGovernment-Gesetz, zunehmende Querschnittsgesetze zum Übergang auf elektronische Kommunikationsverfahren). Außerdem sind die Rechtsentwicklungen der EU kritisch zu begleiten (neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz, Förderung von Transparenz und Informationszugang, Datenverkehr mit Drittländern).

3.2 Leistungen zum Produkt

- Pressestelle des Hessischen Datenschutzbeauftragten
- Stellungnahmen zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus Regierung und Parlament (Recht und IT)
- Bearbeitung von Grundsatzfragen
- Erstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts
- Durchführung des jährlichen "Wiesbadener Forum Datenschutz" und ggfs. anderer Veranstaltungen

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein Bezug zum politischen Zielsystem besteht nicht. Ziel der Arbeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist es, das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

5. Empfänger

Hessischer Landtag und Fraktionen sowie Hessische Landesregierung.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Bereitstellung von Beratungseinheiten (Stunden)	STD	4.864	6.031	4.199	4.074	4.334
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	99,20	93,88	114,67	103,19	94,56

Wie in den Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan ausgeführt, werden produktspezifische Kennzahlen zur Leistungswirkung nicht entwickelt. Einer internen Steuerung ist dieser Teil nur bei Initiativen des Hessischen Datenschutzbeauftragten zugänglich. Bei Anfragen und Stellungnahmen hängt die Intensität der Beratung wesentlich von den Empfängern und den fachlichen Erfordernissen ab.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	343.100	425.900	270.007
Sachkosten	139.500	140.300	78.745
Gesamtkosten	482.600	566.200	348.752
Erlöse	100	200	673
Betriebsergebnis	-482.500	-566.000	-348.079
Neutrale Aufwendungen	24.300	-	-
Neutrale Erträge	24.300	-	-
Produktabgeltung	482.500	566.000	481.492
Ergebnis	-	-	133.413

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 8:

Ausbildung von Rechtsreferendaren (HDSB)

IPR-Nr. 032 - Aufgaben der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder

1. Erbringer

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Ausbildungsvorschriften (DRiG, GVG, JAG, JAO, Ausbildungspläne)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Ausbildung von Rechtsreferendaren und Rechtsreferendarinnen

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Leistungsempfängers

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	STD	139	83	222	179	-
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
-						

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	9.600	5.700	14.061
Sachkosten	2.900	1.300	3.518
Gesamtkosten	12.500	7.000	17.579
Erlöse	15.000	-	33
Betriebsergebnis	2.500	-7.000	-17.546
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	-	15.000	-
Ergebnis	2.500	8.000	-17.546

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
1	550-557, 559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
2	558	Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	–	–	–
	5581	<i>davon Bundesergänzungszuweisungen</i>	–	–	–
3	540-543, 580-589, 591	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	–	–	–
4	500-519, 544	Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	4.611.200	4.615.600	4.226.431
	510-513, 515-518	Erträge aus Gebühren	–	–	115
	514	Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern sowie Einziehungen oder Verfall	5.000	5.000	9.250
	500-509, 519	Umsatzerlöse	16.000	16.000	7.530
	544	Produktabgeltung	4.590.200	4.594.600	4.209.536
5	520-529	Bestandsveränderungen/ aktivierte Eigenleistungen	–	–	–
6	530-539, 545-549	Sonstige Erträge	4.000	2.500	11.019
7		Summe Erträge	4.615.200	4.618.100	4.237.450
8	600-619, 718	Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	108.000	112.000	64.321
	600-609	Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	45.800	44.500	35.551
	610-619	Aufwendungen für bezogene Leistungen	62.200	67.500	28.770
	718	Aufwendungen aus Produktabgeltung	–	–	–
9	620-649	Personalaufwand	3.396.100	3.582.900	2.895.387
	620-629	Entgelte	696.100	759.600	561.518
	630-639	Bezüge	1.811.900	1.927.000	1.844.220
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	888.100	896.300	489.649
10	660-669	Abschreibungen	49.600	36.100	72.830
	660-667, 669	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	49.600	36.100	72.830
	668	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit unüblich hoch	–	–	–
11	720-729	Aufwendungen aus Finanzausgleichsbeziehungen	–	–	–
	727	<i>davon Bundesergänzungszuweisungen</i>	–	–	–
12	710-717, 719, 730-739, 780-789	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	–	–	–
13	650-659, 670-699	sonstige Aufwendungen	1.059.000	879.100	624.715
	650-659	sonstige Personalaufwendungen	24.400	11.700	17.809
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	853.300	675.900	511.098
	680-699	Verluste aus Wertminderungen und dem Abgang von Vermögensgegenständen und übrige Aufwendungen	181.300	191.500	95.808
14		Summe Aufwendungen	4.612.700	4.610.100	3.657.253
15		Verwaltungsergebnis (Saldo 7 und 14)	2.500	8.000	580.197

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
16	560-563	Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
	560	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
17	564-569	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
	5641	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
18	570-579	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
	570	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
19	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-
20	760-769	Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-	-	-
21	750-759	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
	750	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
22		Finanzergebnis (Saldo 16 bis 21)	-	-	-
23		Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit (Saldo 15 und 22)	2.500	8.000	580.197
24	590, 592-594, 599	Außerordentliche Erträge	230.900	230.900	383.000
	599	<i>davon Erträge aus der Auflösung von Rücklagen</i>	230.900	230.900	-
25	791-799	Außerordentliche Aufwendungen	230.900	230.900	481.619
	796	<i>davon Aufwendungen durch die Zuführung von Rücklagen</i>	-	-	481.619
26		Außerordentliches Ergebnis (Saldo 24 und 25)	-	-	-98.619
27	700-709, 770-779	Steuern	-	-	-41
	770-779	vom Einkommen und vom Ertrag	-	-	-
	700-709	sonstige Steuern	-	-	-41
28	595-598, 790	Erträge aus Verlustübernahme/ Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-481.619
	595-598	Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
	790	Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	481.619
29		Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (Saldo 23, 26, 27 u. 28)	2.500	8.000	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
30	538, 544, 548	Abgeltungen für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
	538	Erträge Herabsetzung Rückstellungen Legislative	-	-	-
	544	Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
	548	Erstattungen Legislative	-	-	-
31		Summe Erträge Legislative	-	-	-
32	658	Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
33		Summe Aufwand Legislative	-	-	-
34		Ergebnis Legislative	-	-	-
35	576	Zinserträge Legislative	-	-	-
36		Finanzertrag Legislative	-	-	-
37	757	Zinsaufwand Legislative	-	-	-
38		Finanzaufwand Legislative	-	-	-
39		Finanzergebnis	-	-	-
40	539, 595	Außerordentliche Erträge Legislative, Ertrag Verlustausgleich	-	-	-
41		Außerordentliche Erträge Legislative	-	-	-
42	790, 791	Außerordentliche Aufwendungen Legislative, Aufwand aus Gewinnabführung	-	-	-
43		Außerordentliche Aufwendungen Legislative	-	-	-
44		Außerordentliches Ergebnis Legislative	-	-	-
45		Jahresergebnis Legislative	-	-	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Sie sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind keine kostenmindernden Erlöse enthalten, die die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Dienstleister

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KFZ-Selbstversicherung)	300 EUR
Hessische Zentrale der Datenverarbeitung (HZD)	30.000 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	36.800 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	6.500 EUR

Neutrale Aufwendungen / Erträge:

Es ist die Inanspruchnahme von Mitteln aus der kameralen Rücklage geplant (230.900 EUR). Die Mittel waren der Rücklage zur Finanzierung der Neuordnung des Datenschutzes in Hessen zugeführt worden und die Entnahme ist für Abdeckung von Mehrbedarf durch die Neuordnung vorgesehen.

Periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Das Ergebnis des Jahres 2014 ist im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan nicht deckungsgleich, weil im Erfolgsplan auch periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge enthalten sind, die in der Kostenrechnung für den Leistungsplan keine Berücksichtigung finden.

Zu Pos. 9: In den Personalaufwendungen sind enthalten:

Beiträge an die Vorsorgekasse	703.800 EUR
Beiträge an die Unfallkasse	3.400 EUR
Altersteilzeitrückstellungen	-
Sonstige Rückstellungen	81.700 EUR

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 680-699:

Davon 4.000 EUR zur Verfügung des Hessischen Datenschutzbeauftragten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Aus den Verfügungsmitteln sind auch Aufwendungen für dienstlich veranlasste, sachangemessene Bewirtungen wie z.B. anlässlich dem Wechsel von Führungspersonal oder im Rahmen von Sitzungen und Tagungen, zu bestreiten.

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		9.000	2.100	27.220
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	9.000	2.100	27.220
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		-	-	18.062
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	-	-	18.062
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		42.700	30.600	92.261
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	42.700	30.600	92.261
Investitionen in Finanzanlagen		-	-	-
100-170	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	-	-	-
Mittelverwendung zusammen		51.700	32.700	137.543
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	-	-	-
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	-	-	-
435	Zugang Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	51.700	32.700	137.543
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	-	-	-
Deckungsmittel zusammen		51.700	32.700	137.543

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Finanzplan

Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 000-049:

9.000 Euro für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen

Zu VKR 070-089, 090, 095:

42.700 Euro für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR
+ Produktabgeltung lt. Erfolgsplan	4.590.200	4.594.600
+ Investitionen lt. Finanzplan	51.700	32.700
- Abschreibungen	49.600	36.100
+ Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse	-	-
- Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundenen Rückstellungen	81.700	70.000
+ Auflösung der Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundener Rückstellungen	-	-
- Differenz aus der ZBLV Ausbildung Rechtsreferendare (HDSB)	2.500	8.000
- Entnahme aus kameralen Rücklagen	230.900	230.900
+/- Neutrales Ergebnis	-	-
Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	4.277.200	4.282.300

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	IST 2014 EUR
Funkt.- Kennziffer				
A U S G A B E N				
Personalausgaben				
422	011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	1 755 900	1 868 000	1 860 224
427	011 Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige.	—	—	4 043
428	011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	851 300	965 700	689 341
443	011 Fürsorgeleistungen und Unterstützungen.	1 700	1 700	1 086
453	011 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen.	—	—	—
459	011 Sonstige personalbezogene Ausgaben.	—	—	3 728
461	880 Globale Mehrausgaben für Personalausgaben.	—	—	—
Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst				
511	011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	151 700	130 700	167 015
514	011 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	7 000	5 000	3 393
517	011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume. ...	257 000	257 000	152 558
518	011 Mieten und Pachten.	558 500	390 000	277 999
519	011 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen.	15 000	15 000	38 488
525	011 Aus- und Fortbildung.	20 200	10 000	12 345
526	011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	16 000	21 000	—
527	011 Dienstreisen.	60 000	60 000	45 609
529	011 Verfügungsmittel.	4 000	4 000	1 087
531	011 Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit. Eigene Veröffentlichungen dürfen an öffentliche Dienststellen, Institutionen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen, einschließlich der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, in begrenztem Umfang unentgeltlich abgegeben werden.	35 000	35 000	18 496
536	011 Verfahrensauslagen.	—	—	—
537	011 Beförderungskosten.	1 000	1 000	13 079
538	011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen.	45 000	39 000	39 676
542	011 Steuern und Abgaben.	—	—	—
545	011 Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung.	2 000	15 000	—

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	IST 2014 EUR
Funkt.- Kennziffer				
547	011 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.	—	—	—
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
633	011 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindever- bände.	—	—	—
685	011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen .	1 000	1 000	758
	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)			
812	011 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen. . . .	—	—	—
	Besondere Finanzierungsausgaben			
919	850 Sonstige Zuführungen.	—	—	383 000
981	890 Verrechnungen zwischen Kapiteln.	707 200	679 200	352 700
989	890 Sonstige Verrechnungen.	43 600	38 400	37 531
	Gesamtausgaben Kapitel 01 03.	4 533 100	4 536 700	4 102 157
Abschluss Kapitel 01 03				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben.	—	—	—
1	Eigene Einnahmen.	10 000	8 500	28 110
2	Übertragungseinnahmen.	—	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungsein- nahmen.	245 900	245 900	360
	Gesamteinnahmen.	255 900	254 400	28 470
4	Personalausgaben.	2 608 900	2 835 400	2 558 423
5	Sächliche Verwaltungsausgaben.	1 172 400	982 700	769 746
	Ausgaben für den Schuldendienst.	—	—	—
6	Übertragungsausgaben.	1 000	1 000	758
7	Baumaßnahmen.	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben.	—	—	—
9	Besondere Finanzierungsausgaben.	750 800	717 600	773 230
	Gesamtausgaben.	4 533 100	4 536 700	4 102 157
	Zuschuss/Überschuss.	-4 277 200	-4 282 300	-4 073 687

Abschluss für den Einzelplan 01
Haushaltsjahr 2016

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Eigene Einnahmen	Übertragungseinnahmen	Vermögenswirks. und bes. Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
01 01	Landtag	—	1.892.700	—	—	1.892.700
01 03	Datenschutzbeauftragter	—	10.000	—	245.900	255.900
	Insgesamt:	—	1.902.700	—	245.900	2.148.600

Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bau- maßnahmen	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
35.914.200	7.161.800 —	9.491.100	—	159.000	2.048.600	54.774.700	-52.882.000
2.608.900	1.172.400 —	1.000	—	—	750.800	4.533.100	-4.277.200
38.523.100	8.334.200 —	9.492.100	—	159.000	2.799.400	59.307.800	-57.159.200

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2016

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigung 2016 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2017 EUR	2018 EUR	2019 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7

Es wurden im Haushaltsjahr 2016 keine Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.

STELLENPLÄNE
STELLENÜBERSICHTEN

Kapitel 01 01 Landtag

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2016	(2015)	
Feste Gehälter				
B 8	(001)	1		Direktor/in beim Hessischen Landtag Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 1.125 EUR.
B 6	(001)	1		Ministerialdirigent/in
B 6	(000)	–	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
B 3	(001)	7		Leitender/de Ministerialrat/rätin davon: 5 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(001)	20		Ministerialrat/rätin davon: 7 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können
A 16	(000)	0,5		Altersteilzeitstelle/n kw
A 15	(001)	22		Regierungsdirektor/in davon: 8 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können 1 Planstelle kw mit Ablauf 31.12.2018
A 14	(001)	16		Regierungsoberrat/rätin davon: 7 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 13 h.D. nach Ausscheiden des Stelleninhabers
A 13 h.D.	(001)	7		Regierungsrat/rätin davon: 1 Planstelle, die von einer Fraktion in Anspruch genommen werden kann
A 13 g.D.	(001)	1		Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	2	(3)	Amtsrat/rätin
A 11	(001)	2,5		Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	1,5		Oberinspektor/in
		81,5	(83)	

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2015	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2016					
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2016		Hebungen 2016		Umset- zungen/ Umwandl. 2016			Sonstige Verände- rungen 2016				
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-	+	-		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12											12
B 6	(000)	0,5						0,5														0,0
A 12	(001)	3,0										1,0										2,0
Versch.		79,5																				79,5
Zusammen		83,0						0,5				1,0										81,5

Zu Spalte 7: Wegfall infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes

Zu Spalte 8: Wegfall infolge Stelleneinsparung

Fraktionsassistenten

Mittel für insgesamt 28 Bedienstete, die den Fraktionen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden können, sind im Ansatz bei Gruppe 684 enthalten.

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen	
		2016	(2015)

Aufsteigende Gehälter

A 16	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
A 16	(992)	1	(-)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
A 15	(976)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 15	(981)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
A 13 h.D.	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
		7	(6)	

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2015	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2016		
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2016		Hebungen 2016		Umset- zungen/ Umwandl. 2016			Sonstige Verände- rungen 2016	
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-	+
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12						12		
A 16	(992)	0,0		1,0														1,0	
Versch.		6,0																6,0	
Zusammen		6,0		1,0														7,0	

Zu Spalte 5: Leerstelle kw nach § 10 Abs. 1 HG 2013 und 2014 für eine Bedienstete, der Elternzeit gewährt ist.

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

	Kennung	Stellen 2016	(2015)	
Höherer Dienst	(001)	3		Höherer Dienst
Gehobener Dienst	(001)	28		Gehobener Dienst davon: 1 Stelle, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden kann 1 Stelleninhaber hat eine Dienstwohnung
Gehobener Dienst	(000)	1	(1,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
Mittlerer Dienst	(001)	65,5	(66,5)	Mittlerer Dienst
Mittlerer Dienst	(000)	1		Altersteilzeitstelle/n kw
Einfacher Dienst	(001)	–		Einfacher Dienst
Auszubildende	(001)	3		Auszubildende
		101,5	(103)	

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

428 00

Änderung der Stellenübersicht für Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

1	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2015	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2016		
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2016		Hebungen 2016		Umset- zungen/ Umwandl. 2016			Sonstige Verände- rungen 2016	
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-	
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
G. Dienst	(000)	1,5					0,5											1,0	
M. Dienst	(001)	66,5								1,0								65,5	
Versch.		35,0																35,0	
Zusammen		103,0					0,5			1,0								101,5	

Zu Spalte 7: Wegfall infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes

Zu Spalte 8: Wegfall infolge Stelleneinsparung

Fraktionsassistenten

Mittel für 1 Bedienstete/n, die/der den Fraktionen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden kann, sind im Ansatz bei Gruppe 684 enthalten.

Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Tarifbeschäftigte sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (Leerstellen)

	Kennung	Stellen		
		2016	(2015)	
Mittlerer Dienst	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
Mittlerer Dienst	(993)	1	(-)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
		2	(1)	

Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahngruppen der Beamten anlehnen.

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

428 00

Änderung der Stellenübersicht für Tarifbeschäftigte (Leerstellen)

1	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2015	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2016				
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG				Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2016		Hebungen 2016			Umset- zungen/ Umwandl. 2016		Sonstige Verände- rungen 2016	
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-	+	-	
2	3	4	5	6		7		8		9		10		11		12					
	M. Dienst (993)	0,0		1,0													1,0				
	Versch.	1,0															1,0				
	Zusammen	1,0		1,0													2,0				

Zu Spalte 5: Leerstelle kw nach § 10 Abs. 1 HG 2013 und 2014 für einen Bediensteten, dessen Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht.

Kapitel 01 03 Datenschutzbeauftragter

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen		
		2016	(2015)	
Feste Gehälter				
B 4	(007)	1		Leitender/de Ministerialrat/rätin als Vertreter/in des Hessischen Datenschutzbeauftragten
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(001)	8		Ministerialrat/rätin
A 15	(001)	6		Regierungsdirektor/in
A 14	(001)	7		Regierungsoberrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	10		Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	3		Amtsrat/rätin
		35	(35)	

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen		
		2016	(2015)	
Aufsteigende Gehälter				
A 14	(992)	-	(0,5)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
		-	(0,5)	

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2015	Veränderungen aufgrund von / durch										Stellen lt. Haus- halts- plan 2016							
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2016			Hebungen 2016		Umset- zungen/ Umwandl. 2016		Sonstige Verände- rungen 2016		
			+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12									
A 14	(992)	0,5									0,5									0,0
Versch.		0,0																		0,0
Zusammen		0,5									0,5									0,0

Zu Spalte 7: Wegfall infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

	Kennung	Stellen		
		2016	(2015)	
Atl.	(001)	2		Außertariflich
Gehobener Dienst	(001)	2,5		Gehobener Dienst
Gehobener Dienst	(000)	0,5		Altersteilzeitstelle/n kw
Mittlerer Dienst	(001)	4,5		Mittlerer Dienst
		9,5	(9,5)	

Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahngruppen der Beamten anlehnen.

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

428 00

Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Tarifbeschäftigte sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.